

# Pozener Zeitung.

Achtundachtzigster Jahrgang.

Annoncen  
Annahme-Bureaus.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14.  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streisand,  
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Nr. 899.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 22. Dezember.

Annoncen  
Annahme-Bureaus.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien;  
bei G. L. Daube & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Kavalierdank“.

1881.

Insette 20 Pf. die schrägespaltenen Pettiche über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erschienene Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

**Amstliches.**  
Berlin, 21. Dezemb. Der Kaiser hat den Admiraliats-Rath Gurlt zum Wirklichen Admiraliats-Rath und vortragenden Rath in der Admiraliat ernannt, sowie den Geheimen expedirenden Sekretären und Konsulatoren in der Admiraliat Schrön, Anders und Hein den Charakter als Rechnungs-Rath, und den Geheimen Registratoren Bachmäsi und Schröder, und dem Marine-Intendantur-Registratator Kunze den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Dem Geheimen Kanzlei-Sekretär in der Admiraliat, Heise, ist der Titel Geheimer Kanzlei-Inspektor verliehen worden.

Der König hat den Geheimen Regierungs-Rath Grafen von Anruh, vortragenden Rath im Ministerium des königlichen Hauses, zum Geheimen Ober-Regierungs-Rath mit dem Range eines Rethes zweiter Klasse ernannt.

**Antwort des Vorsteher-Amtes der Kaufmannschaft zu Danzig**

auf die in Nr. 288 des Deutschen Reichs- und Königlich Preuß. Staats-Anzeigers vom 8. Dezember 1881 veröffentlichte Verfügung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe.

Danzig, den 17. Dezember 1881.

Ew. Durchlaucht  
erwidern wir auf die geehrte Verfügung vom 5. d. M. (Nr. 10,952) gebrauchsmässig:

In der Begründung zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Zolltarifs, welcher unter dem 19. Mai d. J. dem Reichstag vorgelegt wurde (Reichstagsdrucksache Nr. 147) ist auf Seite 7 für die Erhöhung des Mehzzolles von 2 auf 3 Mt. für 100 Kilogr. geltend gemacht, daß bei dem Zollsatz von 2 Mt. „der Mehzzoll im Verhältniß zu den Getreidezöllen für das Interesse der heimischen Industrie ein unzureichender ist.“ Es heißt sodann auf Seite 8:

Wie hoch zur Zeit der Zollschuß für die Mühlindustrie sich stellt, hängt von der Ausbeute an Mehl ab, welche aus dem verarbeiteten Getreide erzielt wird. Wenn diese Ausbeute auch nach der Vollkommenheit des Betriebes und der Güte des verwandten Getreides schwankt, so scheint sie doch im allgemeinen bei Weizen zwischen 70 und 75 p.Ct., bei Roggen zwischen 60 und 65 p.Ct. zu betragen. Die Differenz zwischen dem Zoll für 100 Kilogr. Mehl und dem Zoll für das zur Herstellung dieser Menge erforderliche Getreide beläuft sich zu gunsten des Mehzzolles: 1) bei Weizen unter Annahme einer Ausbeute von 75 p.Ct. auf 0,66½ Mt. von 70 p.Ct. auf 0,57 Mt., — 2) bei Roggen unter Annahme einer Ausbeute von 65 p.Ct. auf 0,46, von 60 p.Ct. auf 0,33½ Mt. Die Differenz zu 2 wurde 1,23 beziehungsweise 1,16½ Mt. betrugen haben, wenn der Roggengehalt in der ursprünglich vorgeschlagenen Höhe von 0,50 Mt. für 100 Kilogr. festgelegt worden wäre.

Die Höhe des Zollschusses, welchen die inländische Mühlindustrie gegenüber der konkurrierenden ausländischen auf dem inländischen Markt genießt, ist hier also in der Art ermittelt, daß von dem tarifmässigen Zollsatz für Mehl der rechnungsmässige Zoll für das zur Herstellung dieses Mehls erforderliche Quantum Getreide in Abzug gebracht worden ist.

Eine solche Rechnung ist aber unserer Meinung nach nur anwendbar, wenn bei derselben von der Voraussetzung ausgegangen wird, daß die inländische Mühlindustrie beim Einkauf ihres Rohstoffes gegen die ausländische Konkurrenz speziell durch den Getreidezoll, und um den Betrag dieses Zolles, im Nachtheile, — also dieser Betrag des Getreidezolles von dem tarifmässigen Zollsatz für Mehl vorweg in Abzug zu bringen ist, um zu finden, „wie hoch der Zollschuß für die Mühlindustrie sich stellt.“

Andernfalls, wenn nämlich vorausgesetzt würde, daß der Getreidezoll auf unsere inländischen Getreidepreise ohne Einfluss sei, daß der Eingangs-Zoll, welchen Deutschland von fremdem Getreide erhebt, von ausländischen Getreideproduzenten durch eine entsprechende Preiserhöhung speziell des von ihm nach Deutschland verkaufen Getreides im Voraus übernommen würde und nach Vage der Verhältnisse übernommen werden müßte, — bei dieser Voraussetzung wäre, um den Zollschuß der einheimischen Mühlindustrie zu berechnen — und das wird auf Seite 8 der Motive verlucht — von dem vollen tarifmässigen Mehzzolle ebenso ein Abzug zu machen, als wenn in Deutschland ein Eingangs-Zoll auf Getreide überhaupt nicht bestände! Denn der Zoll trübe lediglich den ausländischen Getreideproduzenten resp. Getreideexporteur und wäre für den deutschen Müller ebenso gleichgültig, als für den auf dem deutschen Markt mit ihm konkurrierenden ausländischen Müller, — würde mithin das Konkurrenzverhältniß der Letzteren überhaupt nicht berühren.

Durch diese Auffassung der auf Seite 7 und 8 der Reichstagsdrucksache Nr. 147 enthaltenen Ausführung sind wir zu der auf Seite 7 unseres Jahresberichts ausgesprochenen Annahme veranlaßt worden, daß die Motive zu dem Gesetz über die Erhöhung des Mehzzolles mit der Auffassung, daß unsere Eingangs-Zölle vom Auslande gezahlt würden, im Widerspruch ständen.

Wir müssen bekannten, daß wir auch nach wiederholter Erwähnung eine andere Auslegung unsererseits nicht zu finden vermögen.

Wenn nun nach der geehrten Verfügung Euer Durchlaucht vom 5. d. Mts. unsere Auffassung eine mißverständlich und irrig ist, und die „Betrachtungen über den Zollschuß für die Mühlindustrie, also über die Differenz zwischen dem Zoll für Mehl und demjenigen für Getreide, welche sich auf Seite 8 der Motive finden“, mit der Frage, ob die Zölle vom Inlande oder vom Auslande zu tragen sind, „in keinem Zusammenhang stehen“, — so müssen wir doch immerhin in der Verfügung gewählte Bezeichnung unserer Auffassung als einer „thatlich unmöglich“ lebhaft bedauern, und dürfen den darin enthaltenen Vorwurf mit gutem Rechte von uns ablehnen. Mag unsere Auffassung der Motive logisch richtig oder unrichtig sein, jedenfalls haben wir derselben in gutem Glauben ein Ausdruck gegeben.

Wenn in der geehrten Verfügung Euer Durchlaucht bemerkt wird: „es habe der Auffassung, daß der Getreidezoll vom Inlande getragen werde, in den Motiven überhaupt nicht Ausdruck gegeben werden können, weil dieselbe mit den thatlichen Verhältnissen in offen-

barem Widerspruch steht“. — so kommt unserer Auffassung der Motive eine derartige logische Unmöglichkeit um so weniger entgegen, als wir nach unserer eigenen Kenntnis der thatlichen Verhältnisse in der That überzeugt sind, daß der Getreidezoll vom Inlande getragen wird. Wir haben eben in der zitierten amtlichen Begründung des Gesetzes über die Erhöhung des Mehzzolles eine bemerkenswerthe Bestätigung dieser unserer Überzeugung zu finden geglaubt und lediglich deswegen jene Begründung überhaupt erwähnt. Denn wir können uns allerdings nicht verhehlen, daß die Frage, ob unsere Zölle vom Inlande oder vom Auslande getragen werden, für die gesamte Gestaltung der deutschen Zollgesetzgebung von weittragender und entscheidender Bedeutung ist.

In der geehrten Verfügung vom 5. d. M. wird gesagt:

„So lange die groen öfflichen und überseeischen Kornländer für den Ueberschuss ihrer Ernten über ihren eigenen Bedarf nicht außerhalb Deutschlands vollen Abzugs finden, müssen sie den hier auf ihre Einfuhr gelegten Zoll tragen, da die deutschen Kaufleute die Wahl haben, aus welchem Lande sie das Getreide beziehen wollen, und da sie in der hierdurch bedingten Konkurrenz der fremden Länder mit einander und mit dem einheimischen Kornbau das Mittel finden, den Zoll abzuwälzen. Nur in dem Falle würde der Zoll von den inländischen Konsumenten zu tragen sein, wenn die Gesamtproduktion des In- und Auslandes den Bedarf nicht mehr oder nur eben deckte; so lange diese Eventualität nicht eintritt, ist das Ausland nicht in der Lage, den durch die Verhältnisse gegebenen Preis des Getreides in Deutschland um den Betrag des deutschen Zolls zu erhöhen.“

Demgegenüber müssen wir bemerken, daß nach unseren Beobachtungen und Erfahrungen Deutschland nicht in der Lage ist, seine Nachfrage zurückzuhalten, bis die exportirenden Kornländer mit ihrem Angebot zunächst die importirenden Länder außerhalb Deutschlands ausreichend versorgt hätten und dann genötigt wären, den noch vorhandenen Ueberschuss, um ihn überhaupt abzuwickeln, zu einem um den Betrag des deutschen Eingangs-Zolles ermäßigen Preis auf dem deutschen Markt anzubieten. Nach unseren Beobachtungen erscheinen vielmehr diejenigen Länder, welche und wann sie für ihren Bedarf eines Zuflusses auswärtiger Provenienz bedürfen, mit ihrer Nachfrage im Wesentlichen gleichzeitig auf dem Weltmarkt, und das Verhältniß dieser gefämmten Nachfrage zu dem gesamten Angebot regulirt den Preisstand der Waare auf dem Weltmarkt. Die „Wahl, aus welchem Lande sie das Getreide beziehen wollen“, haben so gut wie die deutschen Kaufleute auch die englischen, norwegischen, dänischen, französischen, belgischen, welche in der Nachfrage mit den deutschen konkurriren; und in der That geben auch diese ebensowenig als die deutschen Käufer dem Verkäufer einen höheren Preis, als sie nach dem internationalen Preisstande ihn geben müssen. Andererseits macht auch der Verkäufer keinen Unterschied in seiner Preisstellung nach der Nationalität und nach den internen Zollgesetzen des kaufenden Landes. Würde der nordamerikanische oder russische Verkäufer beim Verkaufe nach Deutschland seinen Verkaufspreis um den Betrag des deutschen Getreidezolles ermäßigen, so würden alß bald die englischen, französischen etc. Käufer eine gleiche Reduktion ihres Kaufpreises beanspruchen und auch zweifellos durchsetzen.

Ist das laufende Inland überhaupt in der Lage, die Vergütung, welche das verkaufende Ausland für seine Waare verlangt, um einen bestimmten Betrag zu kürzen — und etwas anderes als eine Reduktion seines Verkaufspreises um den Betrag des deutschen Eingangs-Zolles ist es doch nicht, wenn das verkaufende Ausland diesen Zoll trägt — so kann dies, statt mittelbar durch Erhebung eines Eingangs-Zolles, auch schon unmittelbar durch die einfache Heraushebung des Preises geschehen. Der ausländische Verkäufer erhält in beiden Fällen für seine Waare gleich viel; er gewährt aber auch in dem einen wie in anderen Falle gleicher Weise eine Kürzung seines Preises nur insoweit, als er sie nach dem internationalen Preisstande gewähren muß, d. h. anderwohl nicht besser verkaufen kann.

In den auf Seite 2 und 5 unseres Jahresberichtes pro 1880 enthaltenen Ausführungen haben wir, wie auch in der geehrten Verfügung Euer Durchlaucht bemerkt wird, den Niedergang des Danziger Getreidegeschäfts in erster Reihe durch die beiden schlechten Ernten in den Jahren 1879 und 1880 erklärt. „Bei minder ungünstigen Ernten unseres Hinterlandes als die von 1879 und 1880 würde der Ausfall in unserem Getreideexport die beträchtliche Höhe vermutlich nicht erreicht haben, welche er tatsächlich erreicht hat.“ Wir haben dem allerdings die Bemerkung hinzugefügt, daß „die Einwirkung dieses Erntefalles auf unseren Handel nicht unwesentlich verschärft wo den sei durch die Konsequenzen der neuern Handels- und Verkehrs-politik“ (S. 2) und daß „der Einfluß der zur Zeit maßgebenden Zoll- und Handels-politik aller menschlichen Voraussicht nach in den nächsten Jahren noch wesentlich wichtiger wirken werde als bisher“ (S. 5). Wir haben diese Bemerkungen noch dahin erläutert, daß es sich „nicht nur um die unmittelbare Wirkung der deutschen Zollsätze und Zollvorschriften, sondern namentlich auch um die Konsequenzen handele, welche die Zoll- und Wirtschaftspolitik aller anderen Länder, mit welchen wir in Handelsverbindung stehen, aus den deutschen Maßnahmen zieht“ (S. 5). Wir haben auf Seite 6 des Berichtes ausdrücklich für unseren Platz gern und dankbar anerkannt, daß der § 7 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 in seiner praktischen Anwendung die Erschwerungen des Transithandels auf ein verhältnismäßig geringes Maß zurückgeführt habe. Dagegen haben wir beklagt, daß dem Bestreben unseres östlichen Nachbarlandes, den Export seiner Produkte möglichst den eigenen Häfen zuzuführen, unserer Meinung nach „durch unsere eigene deutsche Handels- und Verkehrs-politik seit mehreren Jahren in einer recht wirksamen Weise Vorschub geleistet worden sei.“

Wir würden gewiß sehr erfreut sein, wenn die auf Seite 2 und 5 unseres Jahresberichtes ausgesprochene Besorgniß durch die Erfahrung des Jahres 1881 in dieser Richtung noch nicht maßgebend sein. Auf S. 5 unseres Jahresberichtes haben wir gefragt: „Gute Ernten in unserer Provinz, in Polen und Südrussland werden unsern Exporthandel vielleicht wieder gröbere Getreidezufuhren bringen als im vorigen Jahre; es hängt das außerdem ab von der Versorgung der europäischen Märkte durch die transatlantischen Zufuhren, dem Abzuge der polnischen und russischen Getreide für den Bedarf von Mittel- und Süddeutschland, der Konstellation der Eisenbahnarife, und anderen ähnlichen Momenten, welche außer und neben der Zoll-

gesetzgebung auf den Gang der Geschäfte einwirken, und zum Theil für denselben erheblicher und entscheidender sind als die Zollsätze.“

Die reiche diesjährige Ernte im südlichen Russland hat nun, naheinstlich aus dem Gebiete der russischen südwestlichen Provinzen, der Kaschau-Eisenbahn etc., in den Monaten September und Oktober d. J. größere Eisenbahnzufuhren von Getreide nach Danzig gebracht. Mit Einschluß der einheimischen und der polnischen Provinzen hat die gesamte hiesige Bahnzufuhr nach Angabe der hiesigen Güterexpedition betragen: im September 32,325 — und im Oktober 36,037 Tonnen. Sie ist im November wieder auf 14,993 Tonnen zurückgegangen.

Sobald uns nach Schluss des Jahres die erforderlichen statistischen Überseichten über den Eisenbahn-, Strom- und Seeverkehr zugegangen sein werden, wird alsbald der von Ew. Durchlaucht erforderliche ausführliche Bericht über die Entwicklung des Danziger Getreidegeschäfts im Jahre 1881 von uns erstattet werden. Unterdessen beschränken wir uns auf die Bemerkung, daß nach den freilich nicht amtlichen, sondern von privater Seite herausgegebenen monatlichen Nachweisungen über unsern Seeverport bis Ende November d. J. insgesamt 129,305 Tonnen Getreide, Hülsenfrüchte und Dolsaaten seewärts von hier verladen waren. Nach derselben Quelle hat für den gleichen Zeitraum der hiesige Getreide-Export seewärts betragen im Jahre 1880: 130,354 Tonnen — 1879: 259,303 Tonnen und 1878: 278,292 Tonnen. Bis Ende November ist darnach also unser Getreide-Export noch um ca. 1000 Tonnen kleiner gewesen als in dem gleichen Zeitraume des Jahres 1880; voraussichtlich wird aber durch die Verschiffungen im laufenden Monate der Vergleich gegen das Vorjahr sich für 1881 etwas günstiger stellen.

Die in der geehrten Verfügung Eurer Durchlaucht angezogenen Bemerkungen auf Seite 2 und 5 unseres Jahresberichtes beziehen sich allerdings speziell auf den Getreidehandel bzw. die gewerbliche und kommerzielle Tätigkeit an unserem Platze. Diese Beschränkung entspricht unserer Meinung nach dem eigentlichen Zwecke eines Jahresberichtes über Danzigs Handel und Gewerbe. Wir dürfen indeß versichern, dabei keineswegs übersehen oder vergessen zu haben, daß zoll- und handelspolitische Maßnahmen in erster Reihe nicht die Interessen einzelner Klassen der Bevölkerung, wie beispielsweise der Danziger Kaufmannschaft, sondern die wirtschaftlichen Gesamtinteressen des deutschen Reiches zu berücksichtigen haben und nur von diesem Standpunkte aus eine gerechte Beurtheilung erfahren können.“ Wenn wir unsererseits zu erkennen vermöchten, daß die fraglichen Maßnahmen, wenn auch für den Handel Danzigs nachtheilig, doch für das wirtschaftliche Gesamtinteresse Deutschlands vortheilhaft seien, so würden wir uns für verpflichtet halten, und auch nicht unterlassen haben, dies ausdrücklich anzuerkennen. Wir glauben aber nicht, daß die auf Seite 2 und 5 des Berichtes bezeichnete Wirkung der neueren deutschen Zoll- und Handelspolitik andererseits einem wirtschaftlichen Interesse unseres Vaterlandes dient; und haben dies daher auch auf Seite 6 unseres Berichtes ausgesprochen.

Dass „bei den Anordnungen, welche der Staat in Bezug auf den Getreideverkehr trifft, die Bedürfnisse der Landwirtschaft eine besondere sorgfältige Beachtung in Anspruch nehmen“, steht auch uns außer jedem Zweifel und wird von uns um so bereitwilliger anerkannt, als wir gar nicht glauben, daß die wirklichen Interessen der einheimischen Landwirtschaft und des deutschen Seehandels in einem Widerstreit stehen. Doch wollen Ew. Durchlaucht mit Bezug auf die in der geehrten Verfügung vom 5. d. Mts. angezogene Statistik der in der Stadt Königsberg i. Pr. bei dem Verkehr mit russischem Getreide beteiligten Kaufleute (Expoteure, Kommissare, Mailler und Agenten), Gehilfen und Arbeiter derselben, Wieger, Träger und Fuhrhalter nebst Knechten, uns die ergebnige Bemerkung gestatten, daß im August d. J. dort ermittelte Zahl von 2113 Personen als eine erschöpfende Darstellung der wirtschaftlichen Bedeutung dieses königsberger Geschäftsverkehrs mit russischem Getreide gewiß nicht aufgefaßt werden darf. Ein Aufhören dieses Verkehrs würde von jenen 2113 Personen abgehen, die übrige Einwohnerschaft Königsbergs schwerlich unberührt lassen, vielmehr, wie wir glauben, die ganze Stadt Königsberg und auch deren provinzielles Hinterland, einschließlich der ostpreußischen Landwirtschaft, in Mitleidenschaft ziehen.

Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Albrecht.

## Politische Übersicht.

Posen, 22. Dezember.

In der Sitzung des Reichstags am letzten Sonnabend ist es nicht unbemerkt geblieben, daß in den konservativen Kreisen eine gewisse Animosität über die Worte entstanden war, mit welchen Herr v. Bennigsen seinen Antrag auf Wiederwahl des Präsidiums durch Akklamation begründet hatte. Jetzt weiß nun die „Neuztg.“ zu melden, Herr v. Bennigsen habe über diese Worte „an befreieter Stelle“ „befriedigende Erklärungen“ gegeben. Das klingt ungefähr so, als ob Herr v. Bennigsen bei Herrn v. Lebeck um Entschuldigung gebeten hätte. Die Worte, um die es sich handelt, lauten nach dem stenographischen Bericht:

M. H. in den ersten Sessionen früherer Legislaturperioden hat der Reichstag wiederholt im Interesse der Erleichterung seiner Geschäfte durch Akklamation diejenigen Präsidienten wiedergewählt, welche bei Beginn der Sitzungen aus der politischen Gesamt situation durch formelle Abstimmung hervorgegangen waren. Ich glaube, daß es sich empfehlen wird, jetzt ebenso zu verfahren, umso mehr da ja die Dauer unserer Session vermutlich nur noch wenige Wochen betragen wird.“

Kein Unbefangener wird in diesen Worten irgend etwas Ungehöriges finden können. Herr v. Bennigsen kann also gar nicht in der Lage gewesen sein, „befriedigende Erklärungen“ abzugeben; höchstens kann er dem Präsidienten v. Lebeck sein Erstaunen darüber ausgedrückt haben, wie man seinen Worten eine jene Animosität begründende Deutung habe geben können. Wie wir hören, ist denn auch in der That etwas Anderes nicht geschehen.

Über die vor einigen Tagen in Berlin stattgehabte Zusammenkunft polnischer Abgeordneten des Reichstags und Abgeordnetenhauses werden — so schreibt die „N.-L. C.“ — in polnischen Blättern einige Andeutungen gemacht, aus denen die neuerdings wieder sehr gewachsenen Ansprüche der Polen klar hervorgehen. Nationale Sonderstellung und Widerruf der in neuerer Zeit erlassenen für das Polenthum ungünstigen Maßregeln werden offen und entschieden verlangt. Erst dann könnte man vielleicht der Regierung „in ihrer Bedrängnis“ helfend zur Seite stehen. Die Polen haben es im Reichstag bei den letzten Wahlen nur in Folge des Haders der Deutschen von 14 auf 18 Sitze gebracht; sie sind für die konservativerikale Majorität unentbehrlich. Man kann es ihnen kaum verdenken, wenn sie anspruchsvoller als je werden. Ein trauriges Zeichen der Zeit aber ist dies neue und stärkere Ausleben der polnischen Ansprüche.

Wie die „Post“ wissen will, ist der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Wirkliche Geheime Legationsrat Busch, welcher sich Ende vorigen Monats mit Urlaub nach Italien begab, „angewiesen worden, sich in Rom aufzuhalten, um die früher von Herrn von Schröder geführten Unterhandlungen mit dem Kardinal-Staatssekretär Jacobini fortzuführen.“ Wenn dem so ist, bemerkt hierzu die „N.-L. C.“, wenn wirklich bereits seit Wochen wieder direkt verhandelt wird, dann gewinnt der neue Antrag des Zentrums an Bedeutung für jeden, der nicht an das Märchen glaubt, daß die Leiter des Zentrums sich in tiefster Unwissenheit über das befänden, was im Vatikan vorgeht. In konservativen Blättern und Korrespondenzen wird betont, der Antrag sei, obgleich seinem Inhalt nach wohl zu rechtfertigen, „nicht zeitgemäß“. Es fragt sich nur, ob er nicht auf Grund dessen, was Herr Windthorst über den Stand der römischen Verhandlungen weiß, die konservativen Politiker aber nicht wissen, nicht doch für das Zentrum „zeitgemäß“ erscheint. Dem konservativerikalen Bündnis, das bei der Staatsberatung so enthusiastisch gefeiert wurde, braucht er darum ja nicht förderlich zu sein.

Das österreichische Abgeordnetenhaus schloß mit der Sitzung vom 16. d. M. seine Verhandlungen in diesem Jahre ab und vertagte sich nach etwa vierwöchentlicher Wirtschaft.

Die doppelte Niederlage des Ministeriums Taaffe, mit welcher der erste Sessionsabschnitt des österreichischen Reichsraths zu Ende geht, bildet fortgesetzt den Hauptgegenstand der Betrachtungen in der österreichischen Presse. Die Auslassungen der liberalen Provinzprese sind ein Echo der Urtheile der verfassungstreuen Organe der Residenz; alle vereinigen sich in der Ansicht, daß der Abschluß der Länderbank-Debatte ein vernichtendes Verdict über das wirtschaftliche Gehabren der Regierung bedeute. Auch das leitende Blatt Ungarns, der „Pester Lloyd“ konstatirt, daß „vor der öffentlichen Meinung die Vereinigte Linke jedenfalls Recht behalten habe.“ Andererseits sind die Wuthausbrüche der föderalistischen Organe gegen die Opposition und ihre einzelnen Mitglieder ein untrüglicher Beweis, wie tief die Rechte und die von ihr geflügelte Regierung durch die letzten Verhandlungen und Schläppen getroffen worden. Unausgesetzt sind diese Blätter bemüht, darzuthun, daß für die Regierung nicht der mindeste Anlaß vorliege, aus den letzten Abstimmungen diejenige Konsequenz zu ziehen, welche nach der konstitutionellen Doktrin geboten ist. Dass der Ministerpräsident Graf Taaffe den nämlichen Anschaubungen huldige, war so gewiß, daß es nicht erst der offiziösen Versicherung bedurfte, die im Auslande verbreitet gewesenen Nachrichten über die Demission des Ministerpräsidenten seien unbegründet. (S. uns. wiener Depesche vom 20. d. in uns. vorgest. Abendbl.) Ähnlich dürfte es sich mit den Angaben verhalten, welche eine partielle Ministerkrise signalisiren. An Stelle des Justizministers Pratzek, welcher ohne Portefeuille im Kabinete bleibe, solle Lienbacher, und an Stelle des Unterrichtsministers Conrad, Baron Helfer in das Ministerium treten. Die Nachricht dürfte sich als verfrüht erweisen, aber daß ein Politiker von der präronierten Färbung des Hofrath Lienbachers allen Ernstes als Ministerkandidat überhaupt bezeichnet wird, ist in hohem Grade charakteristisch für die Situation. Auf ihre Art schicken sich die Čechen an, die Konsequenzen aus den letzten parlamentarischen Ereignissen zu ziehen. Das Organ Rieger's fordert bereits vom Ministerium den engsten Anschluß an die Rechte zum Kampfe gegen die unversöhnliche Linke; das sei das Losungswort, von dem sich die Regierung leiten lassen müsse, wenn sie sich nicht unmöglich machen wolle. Ins Praktische übersetzt, scheint das zu bedeuten, daß die Čechen noch vor Weihnachten die Vorlage über die czechische Universität durch das Herrenhaus erledigt wissen wollen. Sollte das Regime Taaffe wider Erwarten doch nicht so felsenfest stehen?

Der neue Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoky, hat Pest wieder verlassen. Sein Bemühen, die Sympathien der Ungarn in ähnlicher Weise zu gewinnen, wie sein Vorgänger, Freiherr von Haymerle, ist ziemlich gescheitert. In den Kreisen, in welchen er dort verkehrte, will man das glänzende Zeugnis nicht ganz gelten lassen, welches seinem Geiste auf Grund seiner Gesandtschaftsberichte ausgestellt worden war. Graf Andrássy verbirgt eine gewisse Schadenfreude über den Eindruck nicht, den sein zweiter Nachfolger in Pest gemacht hat. Er dürfte wohl auch unter der Hand dazu beigetragen haben, die hiesigen adeligen und politischen Kreise gegen Kalnoky zu verstimmen. Was Letzterem aber die Ungarn vor Allem entfremdet, das ist sein Bemühen um das russische Bündnis. Selbst Tisza soll ihm durch sein kühles Benehmen deutlich zu verstehen gegeben haben, daß in diesem Punkte alle Werbungen, die Kalnoky in Ungarn anstellen möchte, vergeblich wären. So viel wird in der Hauptstadt Ungarns mit aller Bestimmtheit vorausgesagt, daß Kalnoky bei den Ungarn in der nächsten Delegation einen schweren Stand haben würde, wenn er nicht belehrt durch seinen pester Besuch, seine Liebe zu Russland bedeutend dämpfen würde.

Die französischen Kammer sind in die Ferien gegangen, und damit ist der politischen Diskussion in Frankreich der Hauptstoff genommen. Die Blätter füllen sich mit rückblickenden Betrachtungen über die Thätigkeit der neuen Kammer und des Ministeriums Gambetta, wobei sich herausstellt, daß an positiven Ergebnissen bisher so gut wie gar nichts vorliegt. Im Übrigen haftet das allgemeine Interesse noch immer an dem Prozeß Rochefort, dessen peinlicher Ausgang Alles, was mit der tunesischen Expedition in Zusammenhang ist, die gesammten leitenden Kreise, sowohl das frühere als das jetzige Ministerium in Mitleidenschaft zieht. Schon erhebt sich der Ruf, daß aus dem Verdict der Geschworenen die Stimme des Volkes spreche, welche das tunesische Abenteuer verurtheile und dessen Einstellung wünsche. Davon kann aber, wie Gambetta erst jüngst in beiden Kammern erklärt, nicht die Rede sein, da die französische Nationalehr in dieser Sache engagiert ist. Frankreich kann seine Truppen nicht aus Tunis zurückziehen, so lange sie der dortigen Wirren nicht Meister geworden; es hat schon zu viel an die politisch und kommerziell so wichtige Position gewendet, als daß es sie nun ohne Weiteres preisgeben könnte. Gambetta denkt denn auch gar nicht daran, sondern will den Kampf um Tunis, der sich nun in Frankreich selbst entspielt, aufnehmen. Ein Blaubuch, dessen Veröffentlichung erwartet wird, soll durch Zusammenstellung der Altenstücke über Tunis einen Einblick in den Gang der Angelegenheit eröffnen. Die Altenstücke sollen den Entschluß Frankreichs zur Aktion in Nordafrika rechtfertigen, da es gegolten hat, Italien zuvorzukommen, das im vorigen Frühjahr selbst auf dem Sprunge stand, sich in der Regentschaft festzusezen. Schon gelegentlich des Prozesses Rochefort war von Dokumenten die Rede, die geeignet wären, auf das Thun und Treiben des Ministerresidenten Roustan ein Licht zu werfen, zugleich aber auch Italien zu kompromittieren. Aus Schonung für Letzteres fand man angeblich die Heranziehung und Veröffentlichung der Dokumente nicht ratslich. Auch jetzt heißt es wieder, das Blaubuch werde wohl nicht alle hierher gehörigen Altenstücke bringen können, da das Verhältnis zwischen Frankreich und Italien sich dadurch noch schlechter gestalten könnte, als es bereits ist. Nun wird aber aus Rom telegraphiert, der Minister Mancini habe dem italienischen Geschäftsträger in Paris mitgetheilt, daß die italienische Regierung ausdrücklich die vollständigste Veröffentlichung jedes einzelnen Dokuments wünsche. Man darf wohl gespannt darauf sein, ob Gambetta diesen Wunsch berücksichtigen oder, weniger im Interesse Italiens als in demjenigen Frankreichs, es vorziehen wird, verschiedene Schriftstücke zurückzuhalten. Aus dem Blaubuch wird man vielleicht endlich auch etwas Sichereres über die Stellung Englands zum tunesischen Protektoratsvertrage erfahren. Gambetta hatte bekanntlich im Senat erklärt, England habe dem Vertrage zugestimmt. Dem war von englischer Seite widersprochen worden, und von London wird der „Tribune“ sogar geschrieben, daß sich hierüber ein ziemlich unfreundlicher Meinungsaustausch zwischen den Kabinetten von London und Paris erhoben habe. Aus Allem geht hervor, daß zwischen Frankreich einerseits und England und Italien andererseits nach wie vor eine Spannung besteht, die durch das zu erwartende Blaubuch schwerlich gemildert werden wird.

Leon Say veröffentlicht im „Journal des Economistes“ einen gegen die totale wie partielle Eisenbahnerstaatlichkeit gerichteten Artikel, in welchem ausgeführt wird, die Verstaatlichung wäre ein schwerer ökonomischen Fehler, ja unter den heutigen Verhältnissen geradezu eine Beschädigung des Nationalvermögens. Der Rückkauf, beispielsweise der Orléansbahn, allein wäre eine finanzielle und ökonomische Absurdität, wenn er nicht den Anfang zu einer totalen Verstaatlichung der Bahnen bilden würde. Eine partielle wie die totale Verstaatlichung würde eine Komplikation bezüglich der Kapitalien und Titres hervorrufen und die Beendigung der begonnenen finanziellen Operationen unmöglich machen. Zudem würde die Verwaltung der Bahnen durch den Staat derartige Unordnung in das jährliche Budget bringen, daß das Gleichgewicht gestört würde und das Studium der Frage der Steuernachlässe aufgegeben werden müßte. Obwohl diese Ausführungen, wie man weiß, nicht Gambetta's Ideen entsprechen, ist doch gegenwärtig in Paris mehr als je von der Übernahme des Finanz-Portefeuilles durch Leon Say die Rede.

In Dublin ist am 17. d. Abends von der Polizei in zwei Häusern eine Quantität Waffen und Munition aufgefunden worden, unter welcher sich dem Vernehmen nach mehrere Tausende von Patronen und eine große Anzahl von Revolvern befinden sollen. Es sind in Folge dessen vier Verhaftungen erfolgt. Auch Schriftstücke sollen aufgefunden worden sein, durch welche viele Personen in Irland und England kompromittiert werden. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde die Polizeifäserne in Croboy (Grafschaft Meath) in Brand gestellt und zerstört; die Polizeiaugenten, welche im Schlaf lagen, haben sich nur mit Mühe gerettet.

Aus Petersburg wird dem „D. Montagsbl.“ telegraphiert: Hier kursirt das Gerücht, daß vor mehreren Tagen in Gatschina, dem Aufenthaltsort der Zaren-Familie, ein Minen-Attentat unternommen worden sei.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 21. Dezember. Die Wahlbeeinflussungen der Beamten. Die Berufung im Strafprozeß. Das Versicherungswesen. Eisenbahn-Verstaatlichungen.] Es ist doch ein unverkennbarer Abstand zwischen dem Tone, in welchem heute die „Prov. Corresp.“ Herrn v. Puttkamer betreffs seiner Äußerungen über die Wahlbeeinflussungen der Beamten vertheidigt, und der Zuversicht, mit welcher noch am Sonntag die „Nord. Allg. Ztg.“ seine Sache führte: heute wird

eigentlich nur auf „müßernde Umstände“ plädiert. Dabei ist es sicher, daß die Annahme, das Auftreten des Ministers des Innern sei nicht im Sinne des Kanzlers gewesen, ursprünglich grundlos war: man weiß, daß der letztere sich bald nach der Sitzung vom Donnerstag billigend über das Verhalten des Herrn v. Puttkamer in derselben geäußert hat. Es scheint, daß die Opposition auch der gemäßigtesten Liberalen, welcher Herr von Bemmigen in seiner Rede Ausdruck gegeben hat, sich noch anstrengt gegen Maximen, wie die Puttkamer'schen, geltend gemacht hat, so daß der Kanzler auch die äußerst schwache Aussicht, nach dieser Seite hin immer noch eine gewisse Verbindung aufrechterhalten zu können, gefährdet sah; vielleicht ist der etwas reserviertere Ton, welchen die „Provinzial-Korrespondenz“ heute anschlägt, damit in Verbindung zu bringen. — Die Anstrengungen, welche sich jetzt geltend machen, die Verfuhrung im Strafprozeß gegen die Urtheile der Strafkammer wieder einzuführen, werden allem Anschein nach Unterstützung auch auf Grund der Eindrücke erhalten, welche man seit einiger Zeit speziell hier in Berlin von den Strafurtheilen hat, die in Preßprozeßen ergehen, und zwar nicht so sehr wegen der Entscheidung der Schuldfrage, als wegen der Strafsummierung. Wir wiesen vor einiger Zeit auf einen solchen Fall hin; gestern ist gegen ein hiesiges Blatt wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck auf drei Monate Gefängnis erkannt worden. Der Staatsanwalt hatte hervorgehoben, es müsse ein abschreckendes Beispiel statuiert werden; es ist nicht ersichtlich, ob das Gericht dieser Ansicht sich anschloß. Es wäre aber offenbar sehr bedenklich, die Strafe nicht nach dem Maße der Schuld des Angeklagten, sondern nach der Wirkung zu bemessen, welche sie auf andere Leute ausüben soll. Es ist nicht ohne Grund, wenn betont wird, daß gerade für eine angemessene Strafsummierung, für die es sich Anhaltpunkte kaum giebt, die frühere Berufungsinstanz eine Gewähr darbot, welche durch keine der Neuerungen der jetzt geltenden Prozeßordnung ersetzt wird: die Thatsache, daß das Urteil der ersten Instanz einer nochmaligen Prüfung nach jeder Richtung hin unterlag, machte sich, wie fast jeder Richter zu giebt, früher schon in der ersten Instanz gelten, denn keinem Gerichtshof war es gleichgültig, ob seine Urtheile in der höheren Instanz abgeändert wurden. Es scheint doch nach mancherlei Erfahrungen sehr wünschenswerth, daß diese Rücksicht wieder wirksam werde. — Die Vorarbeiten für die jüngst offiziös wieder in Aussicht gestellte reichsgesetzliche Regelung des Verzichterungswesens sind noch zu weit zurück, als daß sich über die Prinzipien des künftigen Versicherungsgesetzes schon etwas sagen ließe. Es scheint aber zuverlässig zu sein, daß die frühere, durch die Verstaatlichungsprojekte eine Zeit lang in den Hintergrund gebrangte Idee der Errichtung eines Reichs-Versicherungsamtes wieder aufgenommen werden wird. Als sie zuerst innerhalb der Reichsregierung auftauchte, verband man damit die Absicht, durch eine solche Behörde eine Kontrolle aller Versicherungsanstalten auf ihre Solidität, auf die Sicherung des Publikums hinsichtlich der Erfüllung ihrer Verpflichtungen, einzurichten. Den jetzt herrschenden sozialpolitischen Ansichten würde dies jedenfalls entsprechen. — Eine Zusammenstellung der Summen, welche im Falle der Genehmigung der projektierten neuen Eisenbahnen für die einzulösenden Aktien der betreffenden Gesellschaften in preußischen Konsols auszugeben wären, ergibt rund 500 Millionen Mark. Nach der großen Erhöhung der Staatschuld durch die Verstaatlichungen von 1879—1880 ist dies doch eine Summe, welche auch vom Standpunkte der Wahrung des Staatskredits aus Bedenken einzuföhren geeignet ist.

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 22. Dezember.

r. Von dem internationalen Comité des rothen Kreuzes zu Genf sind für die Kunst-Hilfsmittel für die in Feldzügen verwundeten und Kranken der Armeen zu improvisieren, drei Preise zu je 2000 Franks ausgesetzt worden, und zwar der eine für die Improvisierung von Mitteln der Behandlung, der zweite für die Improvisierung von Transportmitteln, der dritte für die Improvisierung einer Ambulanz oder eines Feldhospitals. Die Abhandlungen über diese drei Gegenstände können in französischer, deutscher oder englischer Sprache geschrieben sein. Reisefanten haben sich wegen eines detaillirten Programms an Herrn G. Monnier (Président du Comité international de la Croix rouge) in Genf zu wenden.

r. Nachahmendes. Bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit und Not unter der ärmeren Bevölkerung unserer Stadt verdienen alle Veranstaltungen, welche geeignet sind, diese Not zu lindern, Anerkennung. Eine derartige Veranstaltung ist von der Innhaberin des Röschke'schen Fleischwaren-Geschäfts auf der Wronerstraße dahin getroffen worden, daß sie die von den armen Leuten sehr gefüllte Wurstsuppe zwei Mal wöchentlich, am Dienstage und Sonnabend, an die hiesige städtische Armenverwaltung unentgeltlich ab liefert, welche dieselbe an die Armen vertheilen läßt; es ist dies eine Quantität von ca. 120 Litern wöchentlich. Es wäre zu wünschen, daß dieses gute Beispiel recht viele Nachahmung finden möchte! So mander Gewerbetreibende zu hat Absätze in seinem Geschäft, die sich durch den Verlauf zwar noch ganz gut verwerthen lassen, durch deren unentgeltliche Gewährgabe jedoch den Armen eine große Wohlthat erweisen würd, welche für dieselben weit mehr ins Gewicht fällt, als für den Gewerbetreibenden der Erlös aus diesen Absätzen.

r. Diebstähle. In der Nacht vom 19. bis 20. d. M. sind in der Ringstraße zwischen Fort VII und VIII 19 junge Männer abgehauen und gestohlen worden, jedenfalls um als Christbäume verkauft zu werden. — In Jerzyce wurde ein mehrfach bestrafter Arbeiter wegen Diebstahls an Christbäumen verhaftet. — Der bereits vielfach bestrafte Arbeitsbürger Giese ist gestern aufs Neue wegen Diebstahls verhaftet worden. — Dem Portier im Hotel Bellevue auf der Mühlstraße, welchem erst vor Kurzem aus seiner Loge ein Detet entwendet worden war, ist gestern, während er sich auf einen Augenblick aus seiner Loge entfernt hatte, ein schwarzer Schafpel mit grauem Beige gestohlen worden. — Einem Heringshändler im Hause der Gr. Gerberstraße ist eine Tonne Thran mit 50 Liter Inhalt gestohlen worden. — Einer Frau im Hause der Gr. Gerberstraße 46 sind drei wollene Unterhosen, drei wollene schwarze Jacken, vier Handtücher, fünf weißeleinige Taschentücher und drei Nachthauben gestohlen worden. — Einem Gutsbesitzer wurde vorgestern vor dem Postgebäude gestohlen. — In der Nacht vom 19. bis 20. d. M. sind in Klecko zwei Schimmelstutzen und ein brauner Wallach nebst Wagen gestohlen worden. — Verhaftet wurde gestern ein Arbeitsbürger, welcher vor einigen Tagen einer Witwe ein Rehfell gestohlen und dasselbe einer Frau in der Breitenstraße verkauft hat.

# Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 21. Dezember. Bei der heutigen Berathung der zweiten Kammer erklärte der Minister des Innern, die Regierung wünsche lebhaft die baldige reichsgesetzliche Regelung der Unfallversicherung, da ohne eine solche die geordnete Basis für die beabsichtigte Konzentrierung der Knappschaftsklassen fehle.

Bremen, 21. Dezember. Der Strandtoogt Holm von der Insel Noem meldet der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger: Von dem dreimastigen Schooner "Levita", Kapitän Dose, welcher, mit Stückgütern von Hamburg nach Amerika bestimmt, eine Viertelmeile westlich vom Vollert bei Noem gestrandet war, sind gestern 14 Personen durch das Rettungsboot "Peter Krukenberg" der Station Noem gerettet worden. Unter den Geretteten befinden sich zwei Frauen, drei Männer und ein Knabe, welche sich als Passagiere auf dem Schooner befanden. Ertrunken ist Niemand. Wind südlich. Das Rettungsboot war 17 Stunden unterwegs.

Rom, 21. Dezember. Der Ministerpräsident Depretis legte heute der Deputirtenfammer den vom Senate modifizirten Wahlgezetzentwurf vor und beantragte dessen dringliche Behandlung. Nach kurzer Debatte wurde der Entwurf derselben Kommission überwiesen, welche das erste Mal darüber berichtete.

Rom, 21. Dezember. Das am 20. d. zur Vertheilung gelangte Grünbuch enthält, wie uns ein Telegramm vom gestrigen Datum meldet, 302 Schriftstücke über die türkisch-griechische Frage. Die Sammlung beginnt mit einer türkischen Note vom 27. Juli 1880 und schließt mit der Finalakte der Grenzbestimmungs-Kommission vom 28. November 1881. Der wesentliche Inhalt des Schriftwechsels dürfte sich in den beiden folgenden Dokumenten resümiren:

In einer vom 7. Dezember d. J. datirten Depesche an den italienischen Gesandten in Athen wird ein gleichlicher Überblick über den Streitfall in der 13. Sitzung des Berliner Kongresses gegeben, in welcher die Bevollmächtigten Italiens und Frankreichs die Unregung gaben, die Pforte einzuladen, sich mit Griechenland direkt über die Bezeichnung der Grenze ins Einvernehmen zu setzen bis zur schließlich Grenzregulirungsakte. Italien habe eigens einen mit der Vertlichkeit wohlvertrauten Konular-Beamten nach Epirus gesandt, welchen nach genauer Bezeichnung des Landes eine Denkschrift verfaßt und eine mit der heutigen endgültig sanktionirten fast identischen Grenztrace vorgeschlagen habe.

Der Minister des Neuherrn hebt in dieser Depesche ferner hervor, Italien könne sich rühmen, im Verlaufe der Verhandlungen niemals von der gerechten, unparteiischen und wesentlich friedlichen Richtschnur abgewichen zu sein, welche das Geheimnis des Erfolges bildete.

"Wir waren bei dem Bemühen, eine Lösung des Zwistes herbeizuführen von einem doppelten Gefühl geleitet, von dem in ganz Europa, namentlich aber in Italien, so lebhaft gehegten Wunsche auf Erhaltung des Friedens und dann von der traditionellen, fast instinktiven Zuneigung Italiens für die Schwesterlande. Wir haben uns vom ersten Anbeginn die weise Idee angeeignet — und wir sind derzeit stets treu geblieben — welche Delianis vor dem europäischen Areopag in der Sitzung vom 29. Juni formulirte, daß abgesehen von den idealen Streben des Hellenismus das einzige praktische Programm in der Annexion der Grenzgegenden an Griechenland bestehe."

In der Depesche wird schließlich der Wunsch ausgedrückt, daß Griechenland immer gute Beziehungen zur Türkei unterhalten möge, und konstatiert, daß der König George und die griechische Regierung sich um ihr Vaterland wohlverbient gemacht hätten, indem sie dies Ziel ohne Blutvergießen erreichten. In einer

weiteren Depesche von demselben Tage teilt der Minister des Auswärtigen Mancini, dem italienischen Botschafter zu Konstantinopel, Grafen Corti, die vorstehende Depesche mit und erläutert dieselbe, indem er den Anteil Italiens an dem gemeinsamen Werke der Mächte betont und namentlich darauf hinweist, daß Italien von Anfang an und immerfort eine friedliche und dauerhafte Lösung der Frage im Auge gehabt habe. Mancini bedankt sodann mit Anerkennung der Loyalität und Festigkeit, welche die Pforte angesichts des eimüthigen Willens der europäischen Mächte bewiesen habe. Diese Eigenschaften bezeugten unbefreitbar ihre Lebenskraft. Mancini drückt sein Vertrauen in die Vollendung des Werkes der Reorganisation der Türkei aus und bemerkt, die Pforte könne nunmehr alle Kräfte diesem Werk der Wiederherstellung widmen, welches allein geeignet sei, das Gebäude zu befestigen, „in welchem wir werthvolle Elemente des Friedens und Konervatismus für Europa erblicken.“ Der Minister des Auswärtigen beauftragt zum Schluss den Grafen Corti, der Pforte von der aufrichtigsten Genugthuung Mittheilung zu machen, welche Italien über die skrupulöse Innehaltung alter Zusagen der Pforte empfunden habe, und derselben zugleich den Wunsch auszusprechen, der Pforte bei allen Anlässen die Freundschaft und Sympathie Italiens beweisen zu können.

Paris, 21. Dezember. In einem Briefe des früheren Gefandten Gallimati-Catargi, datirt Paris, den 20. d., welcher in den Journalen veröffentlicht ist, sagt derselbe: Um meine längst erfolgte Abberufung von dem Gesandtenposten in Paris zu rechtfertigen, hat die Regierung Joan Bratiano's mich beschuldigt, durch schwere Vernachlässigungen in der Erfüllung meiner Mission in England die Interessen Rumäniens in der Donauzone geschädigt zu haben. Meine Ehre war angegriffen. Ich mußte entgegnen, indem ich die damals zwischen Bratiano und mir geschlossene Korrespondenz veröffentlichte, welche unsere beiderseitigen Absichten über das in dieser Frage zu beobachtende Verhalten darlegte. Dieselbe verräth in keiner Weise das Vertrauen irgendwelcher Regierung, dekt kein Staatsgeheimnis auf, konstatiert vielmehr blos, daß ich meine Pflicht gethan habe.

London, 21. Dezember. Die "Times" erfährt, es seien hier Vorbereitungen zur Emission einer türkischen Anleihe geöffnet, für welche die auf Privilegien beruhende Sicherheit der Banquiers von Galata geboten werde.

Bukarest, 21. Dezember. Der "Romanul" zeigt die Abreise des Grafen Hoyos nach Wien an und bemerkt dabei: Wir sind sicher, daß die Aufklärungen, welche Graf Hoyos in Wien geben wird, dazu beitragen werden, die herzlichsten Beziehungen zwischen Österreich und Rumäniens herzustellen.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
21. Nachm. 2	735,8	W schwach	bedeckt <sup>1)</sup>	+ 3,3
21. Abends 10	740,7	ND mäßig	bedeckt	+ 0,7
22. Morgs. 6	747,3	ND mäßig	bedeckt	+ 1,4
			1) Regen und Schnee, Niederschlagshöhe 4,5 mm.	
Am 21. Wärme-Maximum	+ 4° Cels.			
- - Wärme-Minimum	- 0° 4			

## Wetterbericht vom 21. Dezember, 8 Uhr Morgens.

Dort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeressniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	750	NW	7 wolfig	6
Aberdeen	744	still	bedeckt	-2
Christianslund	742	ONO	3 wolfig	2
Kopenhagen	742	ND	4 b-dekt	2
Stockholm	747	ONO	2 Schne	0
Haparanda	756	N	2 wolkenlos	-14
Petersburg	752	SSO	1 bedeckt	-2
Moskau	760	SD	2 bedeckt	-9
Cork, Queenst.	757	WNW	4 wolkenlos <sup>1)</sup>	3
Brest	757	WNW	3 bedeckt <sup>2)</sup>	8
Gelder	741	ND	2 halb bedeckt	4
Solt	742	ND	3 bedeckt	2
Hamburg	740	ONO	1 Rebel <sup>3)</sup>	0
Swinemünde	741	WNW	2 bedeckt <sup>4)</sup>	1
Neufahrwasser	739	ONO	2 Dunst <sup>5)</sup>	1
Memel	744	SD	4 bedeckt <sup>6)</sup>	0
Paris				
Münster	749	WSW	4 Regen <sup>7)</sup>	3
Karlsruhe	750	SW	9 bedeckt <sup>8)</sup>	6
Wiesbaden	744	SW	4 Regen <sup>9)</sup>	5
München	752	W	8 wolfig	3
Leipzig	743	SW	3 Regen <sup>10)</sup>	3
Berlin	742	S	3 bedeckt <sup>11)</sup>	2
Wien	750	W	6 wolkenlos	4
Breslau	744	SW	4 bedeckt	8
Neapel				
Nizza				
Triest	754	still	Nebel	6

1) Seegang mäßig. 2) Seegang mäßig. 3) Nachts Schnee, Abends Regen. 4) Dunst. 5) Regen. 6) Schnee mit Regen. 7) Gestern Regen. 8) Gestern Regen und Schneefall. 9) Nachmittags Regen. 10) Nachts Schnee.

Skala für die Windstärke:  
1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heftig, 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = sehr Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstengebiete von Island bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Übersicht der Witterung.

Das Depressionssgebiet, welches gestern über den britischen Inseln lag, hat sich ostwärts über das Nordseegebiet, Nord-Zentral-Europa und Österreich-Ungarn gelagert, auf welchen Gebiete bei meist schwacher Luftbewegung allenthalben trüb, vielfach regnerisches Wetter herrschte, während das Herannahen eines Gebietes hohen Luftdrucks vom Westen her durch die rapide Zunahme des Luftdrucks über den britischen Inseln angedeutet wird. Über Süddeutschland herrschte sturmische Luftbewegung, stellenweise voller Sturm aus West und Südwest, wodurch die Temperatur daselbst erheblich gestiegen ist. In Deutschland, welches jetzt frostfrei ist, fiel fast überall Regen oder Schnee, insbesondere im Binnenlande.

Deutsche Gewässer.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 21. Dezember Morgens 0,70 Meter. (Grundes)

= 21. = Mittags 0,66 =

= 22. = Morgens 0,66 =

## Telegraphische Börsenberichte.

Honds-Course.

Frankfurt a. M., 21. Dezember. (Schluß-Course.) Fest.

Lond. Wechsel 20,395. Pariser do. 80,81. Wiener do. 171,50. R.-M. St.-A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsh. 99,5. R.-M.-Br. Anth. 128,5. Reichsb. 101,5. Reichsbank 150,5. Darmst. 170,5. Mainz 103,5. Ost-ung. Bl. 724,00. Kreditaktien 306,5. Silberrente 66,5. Papierrente 66. Goldrente 80,5. Ung. Goldrente 76,5. 1860er Loos 123,5. 1864er Loos 326,80. Ung. Staatsl. 231,00. do. Ostb.-Obl. II. 93,5. Böh. Westbahn 273,5. Elisabethb. — Nordwestbahn 198. Galizier 264,5. Franzosen 282,5. Lombarden 128,5. Italiener 88,5. 1877er Russen 89,5. 1880er Russen 73. II. Orientanl. 58,5. Zentr.-Pacific 112,5. Diskonto-Kommandit — III. Orientanl. 59,5. Wiener Bankverein — ungarische Papierrente — Burschlebrader — Junge Dresdner —.

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 306,5. Franzosen 282,5. Galizier 264,5. Lombarden 127. II. Orientanl. — III. Orientanl. — österr. Goldrente —.

Frankfurt a. M., 21. Dezember. Esselten-Sonetät. Kreditaktien 308,5. Franzosen 284. Lombarden 128,5. Galizier 264,5. 1860er Loos — österreichische Goldrente — ungar. Goldrente — II. Orientanl. — österr. Silberrente 66,5. Papierrente — II. Orientanl. 58,5. ungar. Papierrente — 1880er Russen — Darmstädter Bank — 4 p.Ct. Ungar. Goldrente — Wiener Bankverein — Diskonto-Kommandit —.

Wien, 21. Dezember. (Schluß-Course.) Die Börse eröffnete matt, befestigte sich aber auf die von Berlin gemeldeten Notirungen. Schluss wesentlich erholt.

Papierrente 77,90. Silberrente 77,90. Oester. Goldrente 93,60. Ungarische Goldrente — 1854er Loos 122,50. 1860er Loos 133,20. 1864er Loos 172,50. Kreditloose 181,50. Ungar. Prämienl. 122,00. Kreditaktien 356,90. Franzosen 327,5. Lombarden 147,50. Galizier 307,75. Kasch.-Oderb. 148,00. Pardubitzer 164,50. Nordwestbahn 231,50. Elisabethbahn 217,00. Nordbahn 253,75. Österreich-ung. Bank — Türl. Loos — Unionbank 142,20. Anglo-Austr. 148,75. Wiener Bankverein 138,80. Ungar. Kredit 351,50. Deutsche Bläse 58,20. Londoner Wechsel 118,85. Pariser do. 47,05. Amsterdamer do. 98,00. Napoleons 9,42,5. Dukaten 5,60. Silber 100,00. Marinotien 58,25. Russische Banknoten 1,23,5. Lemberg-Gronowiz — Kronvr.-Rudolf 173,70. Franz-Josef —. Dug-Bodenbach — Böh. Westbahn —.

4 Prozent. ungar. Bodencredit-Pfandbriefe — Elbthal 257,25. Ungar. Prämien 89,70. ungar. Goldrente 89,75. Buschtierader B. — Ung. Präm. — Escompte —.

Wien, 21. Dezember. (Abendbörse). Ungar. Kreditaktien 352,00. österr. Kreditaktien 357,90. Franzosen 328,50. Lombarden 148,50. Galizier 307,75. Anglo-Austr. — Papierrente 77,05. do. Goldrente 93,60. Marknotien 58,22,5. Napoleon 9,42,5. Bankverein 138,90. Elbthal 258,50. ungar. Papierrente 89,82,5. 4 Prozent. ungar. Goldrente 119,70. Fest.

Wochenausweis der österr. Südbahn vom 10. bis zum 16. Dezbr. 661,951 fl. Mindeinnahme 53,133 fl.

Paris, 21. Dezember. (Schluß-Course.) Fest. 3 prozent amortisirb. Rente 85,10. 3 prozent. Rente 84,07,5. Anleihe de 1872 114,30. Italien. 3 prozent. Rente 90,50. Österreich. Goldrente 80,5. 6 Prozent. ungar. Goldrente 103,5. 4 prozent. ungar. Goldrente 78,5. 5 prozent. Russen de 1877 93,00. Franzosen 710,00. Lombardische Eisenbahnen-Aktien 320,00. Lomb. Prioritäten 283,00. Türken de 1865 14,05. Türkentoote 62,50. III. Orientanleihe 59,5.

Credit mobilier 740,00. Spanier exter. 31,00. do. inter. — Suezkanal-Aktien — Banque ottomane 806,00. Societe gen. — Credit foncier 1785,00. Egypt 356,00. Banque de Paris 1330,00. Banque d'escampe 877,00. Banque hypothécaire — III. Orientanleihe — Londoner Wechsel 25,23. 5 prozent. Rumänische Anleihe —.

Die gestrige Baise an der Börse war durch den hohen Stand des Geldmarktes und durch die für die Haushalte zu stark engagirten Platzverhältnisse veranlaßt.

## Produkten - Börse.

Berlin, 21. Dezember. Wind: WSW. Wetter: Regen und Schnee.

Weizen per 1000 Kilo loko 202—233 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmels. — bezahlt, defekter Polnischer — Mark ab Bahn, per Dezember 218—219½ bezahlt, per Dezember-Januar — bezahlt, per Januar-Februar — bezahlt, per Februar-März — bezahlt, per April-Mai 223—224 bezahlt, per Mai-Juni 223½—224½ bezahlt, per Juni-Juli — bis — bezahlt. Gef. 10,000 Zentner. Regulierungspreis 219 M. — Roggengroß per 1000 Kilo loko 172—182 M. nach Qualität gefordert, neu inländischer 175—178 a. B. bezahlt, hochfeiner do. 179½—181 M. ab B. bezahlt, Hammer — M. ab K. bezahlt, alter — Mark ab B. bezahlt, russischer — Mark a. K. bezahlt, feiner — Mark ab Bahn bezahlt, defekter — Mark ab Bahn bezahlt, per Dezember 174—176 bezahlt, per Dezember-Januar 172—173½ bis — bez., per Januar-Febr. — bez., per April-Mai 167½—168½ bis 168½ bezahlt, per Mai-Juni 166—166½ bis — bezahlt. Gefündigt 6000 Zentner. — Regulierungspreis 173½ Mark. — Gerste per 1000 Kilo loko 140—200 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 140—173 Mark nach Qualität gefordert, russischer 140 bis 149 bezahlt, ost- und westpreußischer 145—157 bezahlt, pommerischer und Uckermärker 147—152 bezahlt, schlesischer 150—157 bez., böhmischer 150—157 Mark bezahlt, sein weiß medlenburgischer — Mark ab B. bez. per Dezember 147 bez., 146½ G., per Dezember-Januar — Mark bez., per April-Mai 147½ B., 147 G., per Mai-Juni 148 M. Gefündigt — Bentur. Regulierungspreis — Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 172—215 M. Futterware 158 bis 167 M. — Mai 8 per 1000 Kilo loko 145—153 nach Qualität gefordert, per Dezember 148 bis — bez., per April-Mai 138½ bez., per Mai-Juni 137 M. Gefündigt — Bentur. Regulierungspreis

Berlin, 21. Dezember. Auch heute lagen von den auswärtigen Pläßen mattre Notirungen vor und machte nur Paris in sofern hier- von eine Ausnahme, als die von dort gemeldeten Abendkurse eine schwache Besserung erkennen ließen. Unter diesen Umständen zeigte denn auch die hiesige Börse bei Eröffnung zunächst eine gedrückte Physiognomie, die denn auch in zahlreichen, wenn auch an sich ziemlich unbedeutenden Kursherabsetzungen zum Ausdruck gelangte. Bald nach Beginn des offiziellen Geschäfts klärte sich die Stimmung dahin auf, daß der Verkehr den Anflug der Mattheit verlor, wenn auch der allgemeine Kursstand wesentliche Besserungen nicht aufzuweisen hat. — Das Angebot verstummte mehr und mehr und nahm überhaupt in

<b>Bonds u. Aktien-Börse.</b>	Pomm. 9.-B. L 120	5	107,25	G
Berlin, den 21. Dezember 1881.	do. II. IV.	110	5	104,00 b3G
Brenkische Bonds und Gold-	Pomm. III. rdg. 100	6	100,00	G
Conse.	Pr. S.-B.-G.-Br. tg.			
Preuß. Cons. Anl.	do. do.	110	5	114,50 b3
do. neue 1876	do. do.	115	4	106,50 G
Staats-Anleihe	Pr. G.-B.-Bödbr. 100	5	105,40 b4B	
Staats-Schuldch.	do. do. rdg. 100	4	102,70 B	
Do. Deichs.-Dbl.	do. (1872 u. 74)	4		
Berl. Stadt-Dbl.	do. (1872 u. 73)	5		
do. do.	do. (1874)	5		
Schlu. d. B. Kfm.	Pr. Hyp. A.-B. 120	4	104,25 b3G	
Pfandbriefe:	do. II. rdg. 100	5	100,00 b3G	
Berliner	Schles. Bod.-Crtb.	5	103,40 b4B	
do.	do.	4	106,00 B	
Brandsh. Central	Stettiner Nat. Hyp.	5	100,25 B	
Kurs u. Neumärk.	do. do.	4	103,25 b3G	
	Pr. s. p. s.che Dbligat.	5	109,60 b3	

Deutschland		do.	do.	1880	4	91,75	b3B
do.	500 Gr.	do.	Pr. A. v. 1864	5	148,20	b3	
Dollars		do.	do. v. 1866	5	144,30	b3B	
Imperials		do.	5. J. Stieg.	5			
do.	500 Gr.	do.	6. do.	5	86,00	B	
Engl. Banknoten		do.	Pol. Sch. Dbl.	4	83,70	b3	
do. einlösbar. Leipzig.		do.	bo.	4			
Französ. Banknot.	80,70	b3	do.	bo.	4		
Deutsch. Banknot.	171,65	b3	Poln. Pfandbr.		64,40	b3	
do. Silbergulden			do.	do.	5		
Krass. Noten 100 Rubl.	212,95	b3	do.	Liquidat.	4	57,00	B
Deutsche Bonds.			Türk. Anl. v. 1865	6			
Dtch. Reichs-Anl.	4101,00	b3	do.	do. v. 1869	6	14,00	b3B
R. A. v. 55 a 100 Th.	34	144,00	b3	do.	Loose vollez.	3	

Ges. Prsch. a 40 Th.	305,20	G	*) Wechsel-Course.
Bad. Pr.-A. v. 67.	4		Amsterd. 100 fl. 8 £.
do. 35 fl. Oblig.	220,00	bzG	do. 100 fl. 2 M.
Bair. Präm. Anl.	4	135,49	bz
Braunsch. 20 thl.-L.		101,10	G
Brem. Anl. v. 1874	4		London 1 £fr. 8 £.
Cöln. Md.-Pr.-Anl.	3½	128,40	bzG
Deß. St.-Pr.-Anl.	3½	124,25	bz
Gotth. Pr.-Pfdbr.	5	121,00	bz
do. II Abth.	5	119,00	B
Hamb. 50-Thlr.-L.	3	190,75	bz
Lübeck. Pr.-Anl.	3½	178,50	bz
Medelb. Eisenbanh.	3½	94,00	bzG
Meiningen. Loose		27,50	
do. Pr.-Pfdbr.	4	118,90	B

Oldenburger Loope	3	149,00	bz
D.-G.-C.-B.-Pf.	110	104,90	bz G
do.	do.	108,75	G
Dtsch. Hypoth. unt.	5	103,60	G
do.	do.	102,00	bz
Mein. Hyp.-Pf.	44	100,80	G
Krdb. Gröbr.-H.-A.	5	100,50	B
Vomn Hyp.-Pfdbr.			

preis — M. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00:  
 32,00—30,50 Mark, 0: 29,50—28,50 M. 0/1: 28,50—27,50 Mark.  
 — Roggenmehl inkl. Sac 0: 25,50 bis 24,50 Mark, 0/1:  
 24,00—23,00 Mark, per Dezember 23,45—23,60 bez., per Dezember-  
 Januar 23,25—23,35 bez., per Januar-Februar 23,20—23,30 bez., Febr.-  
 März 22,90—23,15 bezahlt, April-Mai 22,85—23,00 bez., per Mai-  
 Juni 22,50—22,65 bez., per Juni-Juli — bez. Gef. — Btr. Regu-  
 lirungsspreis — M. — Delfsatt 1000 Kilo Winterraps — M.  
 Winterrüben — Mark. — Rübböl per 100 Kilo lolo ohne Fäk 57,0  
 M., mit Fäk 57,3 Mark, per Dezember — nom., per Dezember-  
 Januar — bez., per Januar-Februar — bezahlt, per Februar-März  
 57,8 bis — bez., per März-April — bez., per April-Mai 58,0 bis — bez.,  
 per Mai-Juni 58,0 M. Gefündigt 2000 Btr. Regulierungsspr. 57,3 M.  
 — Leinöl 100 Kilo lolo — nom. — Petroleum per 100 Kilo  
 lolo 24,4 Mark, per Dezember 23,9 bezahlt, per Dezember-Januar 23,9  
 bez., per Januar-Februar 24,0—23,9 bez., per Februar-März 24,3 bez.,  
 per April-Mai — bez., per Mai-Juni — bezahlt. Gefündigt —  
 Zentnr. Regulierungsspreis — Mark — Spiritus per 100 Liter  
 lolo ohne Fäk 48,5 bez., per Dezember 49,7—50,0—49,9 bez., per  
 Dezember-Januar 49,6—49,9—49,8 bez., per Januar-Februar 49,6  
 bis 49,9—49,8 bez., per Februar-März — bez., per März-April  
 — bez., per April-Mai 50,7—51,1—51,0 bez., per Mai-Juni 50,8—51,3  
 bis 51,2 bez., per Juni-Juli 51,8—52,3—52,2 bez., per Juli-August 52,5 bis  
 52,9 bezahlt. Gefündigt 50,000 Liter. Regulierungsspreis 49,8 M.  
 (B B-2)

Stettin, 21. Dezember. [Under Börse.] Wetter: Leicht  
hemölt. + 3 Gr. R. Barom. 27.17. Wind: NW.

Weizen fester, per 1000 Kilo 100 gelber inländischer 205 bis 220 Mark, geringer 192—203 Mark bez., weißer 208 bis 222 M. bez., per Dezember — M. bez., per April—Mai 225 Mark bez., per Mai—

Juni do. — Roggen fester, per 1000 Kilo loko inländischer 165 bis 70 M. abgel. Anmeldung — M. bez., defekter 160 M. bez., ver-  
Dezember 167 M. bez., per Dezember-Januar — Markt, per April-Mai  
65—166—165,5 M. bez., per Mai-Juni 163—163,5 Markt bez.  
Der erste unverändert, per 1000 Kilo loko Brau 153—159 Markt bez.  
Futter 130—140 Markt, geringere — Markt, Schlesisch — Markt.  
Hafer matt, per 1000 Kils loko neuer inländischer — M., neuem  
Sommerscher 140—150 M., Russischer — M. bez., Schwedischer  
M. bez., per April-Mai — M. Br., per Mai-Juni — Markt.  
Erbsen stille, per 1000 Kilo loko Koch 170—178 M., Futter 150  
bis 167 M. bez. — Mais ohne Handel. — Winter rüben  
wenig verändert, per 1000 Kilo per April-Mai 274 M. bez. — Rüben  
niedriger, per 100 Kilo loko ohne Fass bei Kleinigkeiten flüssiges 56,  
M. Br., kurze Lieferung — M. bez., per Dezember 54,75 M. Br., per  
Januar-Februar 55,35 Markt Br., per April-Mai 57,5 Markt bez.  
57,25 Markt Br., per Mai-Juni — Markt Br. — Winter raps  
per 1000 Kilo loko — Markt Br. — Spiritus behauptet, per  
10,000 Liter p.Ct. loko ohne Fass 46,5 Markt bez., mit Fass — M. bez.  
kurze Lieferung mit Fass — M. bez., per Dezember und Dezember  
Januar 48,2 M. bez., Br. u. Gd., per April-Mai 49,5 M. bez., Br.  
u. Gd., per Mai-Juni 50 M. Br. u. Gd., per Juni-Juli 50,7 Markt  
Br. u. Gd. — Angemeldet: 4000 Ztr. Roggen, 700 Ztr. Rüböl  
Weizen, — Liter Spiritus. — Regulierungspreise: Weizen — M.  
Roggen 167 Markt, Rüböl 54,75 Markt, Spiritus 48,2 M., Rübsen  
Markt. — Petroleum loko 8,4 M. tr. bez., in einem Falle 8,3  
M. tr. bez., alte Usanz 8,8 M. tr. bez., Regulierungspreis 8,4 M. tr.  
Heutiger Landmarkt: Weizen 200—218 M., Roggen 160—175  
M., Gerste 150—160 M., Hafer 156—160 M., Erbsen 170—190 M.  
Kartoffeln 36—45 M., Heu 2,5—3 M., Stroh 39—45 M.  
(Offizie-Ztg.)

Kredit-Anstalt zum Abschluß gelangt. Durch lebhafteren Verkehr durch regere Kursbewegung zeichnete sich heut überhaupt kein einiges Papier aus. Oberhessische Eisenbahnaktien waren wiederum etwas niedriger. Marienburger konnten sich aber gut behaupten. Anlageeffekte blieben fast ganz geschäftlos. Per ultimo notiren: Franco  
564,50—563—566, Lombarden 256—253,50—256,50, Kreditanleihe  
613—612, etwas 617,50—616,50, Wiener Bank-Verein 239—240,  
u. Gd., Darmstädter Bank 170—171,60, Diskonto-Kommandit  
Anteile 222,40—224—223,60—223,90, Deutsche Bank 163,25—163,75  
Dortmunder Union 103,25—103,75, Laurahütte 126,10—126,80—126,75  
— Der Schluß war fest. Privatdiscont 4½ p.Ct.

Künster Hamm	2	Oberschle. v.	1873	4	
Niederschl. Märk.	4	bo.	v. 1874	4	104,00 Ⓛ
heim. St. A. abg.	6½		Vrieg. Heife	4	
oo. neue 4 proc.	5	bo.	Hof. Überh.	4	
oo. Lit. B. aer.	4	99,80	bo.	bo.	

Eisenbahn - Prioritäts- Obligationen.	
am.-Maastricht	44
do. do.	II. 5
do. do.	III. 5
erg.-Kärtelde	I. 45
do.	II. 45
do. III. v. St. g.	34 24,00 G
do. do. Litt. B	34 94,00 G
do. do. Litt. C	34 93,90 B
do. IV.	45 102,75 b3B
do. V.	45
do. VI.	45 103,70 b3
do. VII.	45 102,90 b3G
Zwischen-Düsseldorf.	I 4
do. do.	II 4
do. do.	III 4
do. Düss.-Gh.-Br.	4 99,75 G
do. do.	II 4
do. Dortm.-Soest	4
do. do.	II 4
do. Krefeld.Br.W.	4 102,25 B
	4 102,75 B
do. Nied.-Brwbg.	34
do. Starg.-F.	1
do. do.	II. 4
do. do.	III. 4
Dels.-Gneisen	41
Oberspreu. Südbahn	41 103,00 B
do. Litt. B	41 103,00 B
do. Litt. C	41 103,00 B
Rechte-Oderläser	41 103,00 b3
Rheinische	4
do. v. St. gar.	34
do. v. 1858, 60	41 102,60 G
do. v. 1862, 64	41 102,60 G
do. v. 1865	41 102,60 G
do. 1869, 71, 73	41 102,80 b3
do. v. 1874, 77	41
Nh.-Rabe v. St. g.	41 103,60 B
do. II. do.	41 103,60 B
Schleswiger	4
Thüringer	I. 4 100,00 G
do.	II. 4
do.	III. 4 100,00 G
do.	IV. 4 102,60 G
do.	V. 4 102,60 G
do.	VI. 4 103,00 G

		Ausländische Prioritäten			
bo.	Flürt.-R. G. I.	4			
bo.	do.	II	4		
bo.	do.	III	4		
Berlin-Anhalt A.	4	106,00	B		
bo.	B.	4	106,00	B	
bo.	Litt. C.	4	102,75	bG	
Berlin-Götting.	4	103,00	B		
bo.	bo.	Litt. B.	4	102,10	G
Berlin-Hamburg	I	4			
bo.	bo.	II	4		
bo.	bo.	III	4	102,90	B
Brl.-Stad.-R. A. B.	4				
bo.	bo.	C	4		
bo.	bo.	D	4	103,10	bG
bo.	bo.	E	4		
Berlin-Stettin	I	4			
bo.	bo.	II	4	100,75	B
bo.	bo.	III	4	100,55	B
bo.	IV. v. St. g.	4	100,75	B	
bo.	VI.	do.	4		
bo.	VII.	4			
Bresl.-Schw.-Silez.	4				
bo.	bo.	Litt. G.	4		
bo.	bo.	Litt. H.	4	102,60	G
Elisabeth-Westbahn	I	5	87,10	b	
Gal. Karl-Ludwig I.	5	94,00	B		
bo.	do.	II	5	94,00	B
bo.	bo.	III	5	94,00	B
bo.	bo.	IV.	5	94,00	B
Kemberg-Ksennow	I	5	80,50	G	
do.	II	5	86,00	G	
do.	III	5	81,50	b	
do.	IV	5	81,50	b	
Mähr.-Schl. G.-B.	ft.		46,10	G	
Osterr.-Frz.-Stsb.	3		377,00		
bo.	Ergänzsb.	3	357,50	b	
Osterr.-Frz.-Stsb.	5		104,70	bG	
bo.	II. Fr.	5	104,70	bG	
Osterr. Nordwest.	5		88,40	bG	
Ost. Nordwest. Lit. B.	5		87,60	b	
bo.	Geld-Priorit.	5			
Rajewau-Doero, gar.	5		81,10	b	
Kronpr. Kurb. Bahn	5		85,00	bG	
bo.	do.	1869	5	84,75	bG

bo.	bo.	Litt. II.	4	102,00	G	bo.	do.	1872	5	84,75	bi
bo.	bo.	Litt. I.	4	102,60	G	Staats-Grafs. Pr. A.	do.	4	25,50	bi	
bo.	bo.	1876	5	105,90	bz	Reichenb.-Pardubitz	do.	5	84,25	b	
Söhn-Rinden	IV.	4	100,40	G	Südosterr. (Lomb.)	do.	3	277,50	bi		
bo.	bo.	V	4			bo.	bo.	neue	3	278,20	b
bo.	bo.	VI	4	103,60	bzG	bo.	bo.	1875	6		
Halle-Sorau-Guben						bo.	bo.	1876	6		
bo.	bo.	C.	4	103,50	bzB	bo.	bo.	1877	6		
Hannov.-Altenbl. I.						bo.	bo.	1878	6		
bo.	bo.	II.	4			bo.	bo.	OÖblig.	5	101,50	bz
bo.	bo.	III.	4			Brest-Grajewo	do.	5	91,25	bi	
Märkisch-Potsener						Charlton-Włosow	g.	5	96,50	b	
Mainz-Ludwigsb.			4	102,50	bzB	do. in Lstr. a	20	5			
bo.	bo.	5	105,30	G	Charl.-Kremensk.						
Magd.-Halberstadt						Relez-Drel. gar.	do.	5	95,10	b	
bo.	bo.	de 1861	4			Koslow-Woron. gar.	do.	5	95,55	bi	
bo.	bo.	de 1873	4	103,00	B	Koslow-Woron. Ob.	5	98,30	bz		
bo.	Leipa.	A.	4	104,50	B	Kursk-Charl. gar.	do.	5	86,70	b	
bo.	bo.	E.	4	100,40	G	R.-Charl.-Af. (Obl.)	5	96,75	b		
bo.	Wittenberge		4	102,00	G	Kursk-Kiew. gar.	do.	5	86,40	b	
bo.	bo.	3	85,90	B	Łożomo-Sewast.	do.	5	100,30	bz		
Rieder-Obl.-Märk. I.			4	100,00	G	Mosk.-Rjäsan. g.	do.	5	83,00	bz	
bo.	II. a 62½ thlr.	4			Most.-Smolenst. g.	do.	5	102,50	bi		
bo.	Obl. I. u. II.	4	4	101,50	G	Schaja-Jwanow.	do.	5	97,80	bi	
bo.	bo. III conv.	4			Warsch.-Teresp.	g.	do.	5	95,10	b	
Oberschlesische	A.	4			do. kleine	do.	5	97,25	bi		
Oberschlesische	B.	3½			Warschau-Wien	ll.	5	97,30	b		
bo.	C.	4	99,80	B	do.	III.	5	103,00	bz		
bo.	D.	4	99,80	B	do.	IV.	5	102,50	bz		
bo.	E.	3½	98,90	B	Barßeloe-Selo	do.	5	102,00	bz		
bo.	F.	4	103,20	G				70,00			
bo.	G.	4	103,20	G							
bo.	H.	4	103,10	G							